

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
175 · Ausgabe SO · Mai 2018



Armut bekämpfen, nicht die Armen

REFERENDUM GEGEN DIE GESETZLICHE GRUNDLAGE FÜR DIE ÜBERWACHUNG VON VERSICHERTEN

«Hey Pirmin, was um Himmusgottswüwe hat Deine Familienpartei vergessen zu denken, dass sie sich für Privatschnüffler und Generalverdacht ausspricht?» «Rosso, ES ÄNDERT JA FAST NICHTS, schon heute können Privatdetektive eingesetzt werden. Ich verstehe diese Aufregung nicht!»

Ich rege mich nicht nur auf, sondern ich bin wütend! Warum gibt Ständerat Pirmin Bischof, angesprochen auf die Änderung des Sozialgesetzes, solchen Unsinn von sich? Wie kann es sein, dass ein Anwalt und Jurist, der von sich behauptet demokratisch zu sein, sich so unprofessionell äussert?

Da gibt es meines Erachtens nur eine Antwort: Die Versicherungslobbyisten haben ein ihnen dienendes Gesetz mit eklatanten Mängeln durchgesetzt, und im persönlichen Gespräch wollen sie von dieser Tatsache ablenken.

An der Stelle des konkreten Verdachts steht plötzlich der Generalverdacht! Das Gesetz betrifft neben Invalidenversicherung, Ausgleichskassen und Suva auch die Krankenkassen. Und damit uns alle. Die Möglichkeit, zu observieren, wird auf Bereiche ausgedehnt, wo gar kein Problem besteht.



Franziska Roth,
Parteipräsidentin
rosso17@bluewin.ch

Dieses neue Gesetz führt dazu, dass nicht die Armut bekämpft wird, sondern die Armen.

Oft hört man das Argument: «Wer nichts zu verbergen hat, hat von uns nichts zu befürchten.» Heute wird dieses Zitat von skrupellosen Lobbypolitikern benutzt, um uns ohne mit der Wimper zu zucken in den Wahnsinn zu führen. Für den Erhalt unserer Freiheit ist diese Einstellung katastrophal. Mit ihm lassen sich die haarsträubendsten Überwachungsgelüste schönreden. Wir werfen so die unter hartem Kampf über Jahrhunderte hinweg errungenen Grundrechte weg.

Dieses neue Gesetz führt dazu, dass nicht die Armut bekämpft wird, sondern die Armen. 615 000 Personen sind in der Schweiz von Armut betroffen. 140 000 Männer und Frauen sind trotz Erwerbstätigkeit arm, gleichzeitig macht der Bund 10 Milliarden Franken Überschuss. Fast 4 Milliarden Franken mehr als letztes Jahr. Auf Sozialhilfebezüger setzt man Detektive an. Steuerhinterzieher werden mit Samthandschuhen angefasst. Schätzungen zufolge werden in der Schweiz jährlich 5 bis 10 Milliarden Franken Steuern hinterzogen. Mit Steuerdetektiven ist viel mehr zu holen als mit Sozialdetektiven. Selbstverständlich mit rechtsstaatlich würdigen Methoden.

Und Pirmin entgegne ich mit den Worten der «Demokratischen Jurist_innen Schweiz DJS» anlässlich ihrer Medienkonferenz vom 12. März 18: «Dass Sozialversicherungen ihre Versicherten observieren, ist nichts Neues. Neu ist nur, dass für die bisher illegal durchgeführten Überwachungen eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird. (...) Die Vorlage lässt eine Observation zu, die von einem Sachbearbeiter oder einer Sachbearbeiterin der Versicherungsgesellschaft angeordnet wird, und räumt einer Sozialversicherung teilweise mehr Rechte ein als der Polizei und dem Nachrichtendienst, welche an gesetzliche Voraussetzungen und an eine richterliche Genehmigung gebunden sind. Beim vorliegenden Gesetz ist eine richterliche Überprüfung ausser beim Einsatz von GPS-Trackern nicht vorgesehen. Mit anderen Worten sind für eine vollständige Überwachung kaum Hürden vorgesehen und es besteht kein institutioneller Schutz vor Willkür und Machtmissbrauch.»

Am 5. April teilte der DJS mit, das Referendum zu unterstützen. Ich bin froh, die Geschäftsleitung meiner Kantonalpartei unterstützt das Referendum einstimmig. Und nun auch die SP Schweiz. Merci!

Das Erbe Willi Ritschards lebt

Die SP Luterbach erlebte am 28. März 2018 ihre Wiedergeburt. In neuer Konstellation wird das Erbe Willi Ritschards angetreten. Über 60 Personen waren anwesend und konstituierten die SP Luterbach. Das Co-Präsidium übernehmen Aline Leimann und Jean-Pierre Häni. Der amtierende Kantonsrat Urs von Lerber wurde als Kassier in den Vorstand gewählt, als Beisitzer unterstützt der ehemalige Gemeinde- und Kantonsrat Erich Ramel dessen Arbeit und als Zuständige für Medien und Kommunikation Julia Strobel. Stellvertretend für die neue Generation der SP Luterbach leitete die JUSO-Präsidentin Tamara Funciello den Abend ein. Abgeschlossen wurde er von Helmut Hubacher, dem ehemaligen Präsidenten der SP Schweiz. Durch den Abend führte die Präsidentin der SP Solothurn und amtierende Kantonsrätin Franziska Roth. Ganz im Sinne von Tamara Funciello und Helmut

Hubacher stehen wir als SP Luterbach für alle statt für wenige ein.

Julia Strobel, sektion.luterbach@sp-so.ch

SP-Plausch-Fussballturnier
Sonntag, 3. Juni 2018, Bifang Olten
Mannschaften mit 6 Spieler/innen.
Gespielt wird auf kleinem Feld.
Der Plausch steht an erster Stelle
Anmeldungen an:
urs.huber@sev-online.ch
Veranstalter: SP Stadt Olten und
der Amtei Olten-Gösgen, Junge
SP Region Olten



V. l. n. r.: Erich Ramel, Urs von Lerber, Julia Strobel, Jean-Pierre Häni, Aline Leimann, Helmut Hubacher, Susanne Schaffner, Franziska Roth, Roberto Zanetti.



Helmut Hubacher und Franziska Roth.



Tamara Funciello.

HERZLICHE GRATULATION ZUR WAHL

CHRISTIAN WINIGER ALS BUNDESVERWALTUNGSRICHTER GEWÄHLT



Die Vereinigte Bundesversammlung hat im März den 46-jährigen Oltner Rechtsanwalt Christian Winiger (SP) für die neue Amtsperiode 2019–2024 als Richter an das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen gewählt. Er erhielt 203 von 208 eingegangenen Stimmen.

Winiger ist seit Ende 2008 als Gerichtsschreiber an der II. öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesgerichts in Lausanne tätig. Daneben fungiert er nebenamtlich im Kanton Solothurn als Richter am Steuergericht bzw. Ersatzrichter am Obergericht.

Bis 2008 bekleidete er über fünf Jahre das Amt als Rechtskonsulent der Stadt Olten.

Das Bundesverwaltungsgericht mit Sitz in St. Gallen wurde 2007 geschaffen und beurteilt die Rechtmässigkeit von Verfügungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Bundesverwaltung. Mit über 70 Richterinnen und Richtern sowie über 200 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern ist es das grösste Schweizer Gericht. (mgt)

ABSTIMMUNG VOM 10. JUNI 2018 ZUR TEILREVISION DES SOLOTHURNER ENERGIEGESETZES

Umwelt schonen und Kosten sparen

MINDESTENS «ZWEI FLIEGEN AUF EINEN STREICH» BEINHÄLTET DIE TEILREVISION DES SOLOTHURNER ENERGIEGESETZES. ERSTENS: DIE DEMOKRATISCH BESCHLOSSENE ENERGIESTRATEGIE 2050 ERHÄLT EIN DRINGEND ERFORDERLICHES PUZZLE-TEIL ZUR UMSETZUNG. ZWEITENS: DIE EINSPARUNGEN BEI DEN HEIZKOSTEN BIETEN GERADE FÜR KLEINERE UND MITTLERE HAUSHALTSBUDGETS EINE WILLKOMMENE ENTLASTUNG. DIE VORLAGE IST SEHR PRAGMATISCH, HÄTTE NOCH BEDEUTEND WEITER GEHEN SOLLTEN, IST ABER EIN SCHRITT IN DIE RICHTIGE RICHTUNG, DENN UNSERE ENERGIEZUKUNFT BRAUCHT ERNEUERUNG UND IST ERNEUERBAR!



Philipp Hadorn, SP-Nationalrat (www.philipp-hadorn.ch), Co-Präsident des Komitees Solothurner Energiegesetz JA (www.energiegesetz-so-ja.ch), seit ihrer Gründung Präsident der Solothurner Regionalgruppe «Nie Wieder Atomkraftwerke» (NWA SO; www.nwa-solothurn.ch) und Produzent erneuerbaren Stroms mit Photovoltaikanlagen von 21,7 kWp.

Die kantonalen Energiedirektoren haben sich geeinigt: Mit der Übernahme der sogenannten MuKE n (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) kann ein Eckpfeiler für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 im Gebäudebereich gesetzt werden.

AKW-Dinosaurier wagen den letzten Aufstand

Die Debatte im Solothurner Kantonsrat zeigte es auf: Nicht die einzelnen Massnahmen waren wirklich der Stein des Anstosses. Nebst den Grundvorbehalten gegenüber allen staatlichen Regelungen fällt es offensichtlich noch heute Parteien im «rechten Spektrum» schwer, den demokratischen Entscheid zur Energiestrategie 2050, der auch vom Solothurner Volk mitgetragen wurde, zu respektieren. Noch wird auf «retro» gespielt und bei jeder Gelegenheit versucht, sie zu torpedieren. Der ökologisch und ökonomisch klar gescheiterten Energiepolitik auf Atomstrom-Basis wird nachgetrauert.

Die Zukunft ist erneuerbar

Anders positionieren sich progressive und innovative Bewegungen wie die SP. Unsere Strategie für eine soziale, solidarische und gerechte Gesellschaft ist definiert. Dazu gehören:

- Schutz und Bewahrung der «Schöpfung», unserer Lebensgrundlage.

- Förderung und Nutzung neuer und sicherer Technologien als erwünschter Wirtschaftsmotor, um soziale und demokratische Vorhaben zu realisieren. Erneuerbare Energieträger und Energieeffizienz sind ein Schlüssel dazu.
- Eine nachhaltige Wertschöpfung und Wirtschaft, die sichere Arbeitsplätze zu fairen Konditionen ermöglicht.

Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik ermöglicht es, unsere Gesellschaft auch in anderen Bereichen zu erneuern.

Gebäudetechnik und Heizung

Der grösste Anteil unseres Energieverbrauches betrifft das Wohnen. In unseren Gebäuden steht dabei das «Heizen» an der Spitze. Und hier greift die vorliegende Revision des Solothurner Energiegesetzes: In Zukunft sollen 10 Prozent des Energiebedarfs eines Gebäudes aus erneuerbarer Quelle kommen – nicht viel, aber immerhin. Massvolle Auflagen bestehen im Moment des Ersatzes von Heizungen und Warmwasseraufbereitungsanlagen (Boiler).

Multiple Effekte

Wärme brauchen wir alle. Heizen unserer Wohnräume und von Wasser sind dazu

zwingend. Dezentrale und regionale Produktion schafft Unabhängigkeit. Günstigere Lebenskosten entlasten Haushaltbudgets, tragen leicht zur «Umverteilung» bei und fördern die Standortattraktivität.

Für Mensch, Tier und Umwelt ist es entscheidend, dass wir unsere bestehenden Ressourcen schonen, erneuerbare nutzen und die CO₂-Emissionen reduzieren.

Mit einem JA am 10. Juni 2018 sagen wir:
JA für Umwelt, Klima und Portemonnaie
JA für mehr Versorgungsunabhängigkeit vom Ausland
JA zur Sicherheit für Gewerbe und Arbeitsplätze
JA aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern.

Argumente überzeugen

Der Geldtopf ideologischer Gegner und knallharter Partikularinteressenvertreter ist enorm. Wir bringen unsere Anliegen durch mit überzeugender Information in Gesprächen, Flyer- und Standaktionen sowie einer konsequenten Teilnahme an Abstimmungen ... denn die Zukunft IST erneuerbar!

Geld sparen beim Heizen

Energie effizient nutzen
Gut für Klima und Gewerbe



10. Juni 2018
**SOLOTHURNER
ENERGIE
GESETZ JA**

SP AN HESO UND MIO

Vom 21. bis 30. September 2018 findet die Herbstmesse «HESO» in Solothurn und vom 28. September bis 1. Oktober die Messe in Olten «MIO» statt. Nach erfolgreichen Teilnahmen 2016 und 2017 ist die SP zum dritten Mal mit einem Stand an der HESO dabei.

Und in Olten hat die Teilnahme der SP an der MIO grosse Tradition. Die Vorbereitungen dazu laufen und wir sind bestrebt, die SP den Besucherinnen und Besuchern so zu präsentieren, wie sie ist: solidarisch, gerecht und frei! Damit sich unsere Partei während allen Messetagen kompetent präsentieren kann, brauchen wir dich. Solltest du bereit sein, deine Partei an der HESO und/oder an der MIO zu unterstützen, interessierten Menschen Red' und Antwort zu stehen, Unterschriften zu sammeln, neue Mitglieder zu werben – einfach einige Stunden mit weiteren Personen unseren und deinen Stand betreuen wollen, dann melde dich bitte per Mail, Post (Talon) oder Telefon. Vielen Dank!

Ich bin bereit am SP-Stand an der HESO und/oder MIO mitzuhelfen.
Datum und Zeit (es dürfen auch mehrere Tage angegeben werden)

Name

Vorname

Ort

Telefon

E-Mail

So rasch wie möglich einsenden an: SP Kanton Solothurn, Postfach 835, 4502 Solothurn, 032 622 07 77, niklaus.wepfer@sp-so.ch
Vielen Dank. Sobald genügend Personen für die Mithilfe zur Verfügung stehen, werden die Einsatzpläne erstellt.

Aus der Geschäftsleitung

An verschiedenen Sitzungen wurden zahlreiche Beschlüsse gefasst. Hier eine Übersicht:

Stellungnahme zur «**Totalrevision des Gesundheitsgesetzes**» verabschiedet (www.sp-so.ch/alle-meldungen); die **Rechnung 2017** z. H. der Delegierten verabschiedet. Der Ertragsüberschuss beläuft sich auf CHF 26 924.47, das Vereinskonto per 31.12.2017 beträgt CHF 133 012.49; die Parolen für die Abstimmung vom 10. Juni: **JA zum kantonalen Energiegesetz** (siehe Artikel in dieser

Ausgabe), **NEIN zur Vollgeldinitiative, JA zum Geldspielgesetz**; Zustimmung zu einem **Antrag aus der SP-Amtei Thal-Gäu**: Unterstützung zu gegebener Zeit eines Referendums gegen den Kredit für die Umfahrung Klus; Zustimmung zu einem Antrag der SP-Olten: Unterstützung des Vorschlags des Denketzes zur Organisation eines **Nationalen Rentenkongresses** im Herbst 2018 – aktive Mitwirkung der SPS; Zustimmung zu einem Antrag der jungen SP Region Olten: die kantonale Volksinitiative «**Erweiterung der Ge-**

meindeautonomie betreffend Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene» zu unterstützen; Zustimmung zu einem Antrag der Arbeitsgruppe «Demokratie»: Prüfung einer kantonalen Initiative zur Förderung der **Transparenz bei der Politikfinanzierung**; Grundsatzentscheid gefällt, für die Wahlen 2019 wiederum eine umfassende **Basiskampagne** durchzuführen.

Niklaus Wepfer, Parteisekretär

Braucht es Noten auf der Unterstufe?

Ich unterrichte in Trimbach an der Unterstufe. Vor dieser Zeit war ich über 20 Jahre an der Gesamtschule Hauenstein/Wisen tätig. Während diesen Jahren erlebte ich die Abschaffung der Noten bis zur vierten Klasse und später deren erneute Einführung.

Nach dem 4. Geburtstag werden die Kinder in den Kindergarten eingeschult. Nach zwei Jahren ist der Übertritt in die Unterstufe. Zu diesem Zeitpunkt sind viele Kinder schulreif, kennen bereits Buchstaben und Zahlen. Einige können kaum einen Stift in der Hand halten, benötigen Hilfe beim Aus- und Anziehen. Der Unterschied zwischen den Kindern kann sehr gross sein, aber allen ist gemeinsam, dass sie sich in einer besonders intensiven Phase des Lernens befinden.

Wenn bei Schuleintritt bei einigen Kindern gewisse Fertigkeiten fehlen, liegt es häufig nicht am Mangel an Einsatz oder Intelligenz, sondern an Reife. Wir sollten den Kindern Zeit lassen, in der Institution Schule anzukommen, sich mit den Anforderungen vertraut zu machen, und vor allem sollten wir ihnen Zeit lassen, noch etwas zu reifen. «Es obliegt der Professionalität der Lehrpersonen, wann und mit welchen Mitteln sie Leistungen der Schülerinnen und Schüler einschätzen und beurteilen.» (Lehrplan 21)

Tatsächlich fühle ich mich in der Lage, ein Kind ohne Noten zu beurteilen und die Eltern darüber in Kenntnis zu setzen, wo ihr Kind steht. Misserfolg soll nicht zu einem frühen Schulverleider führen. Nicht nur anhand von Tests kann ich ein Kind beurteilen. Ich be-

MEIN STANDPUNKT

Marianne Wyss, Kantonsrätin
marianne.wyss@sp-so.ch



urteile unablässig Situationen und Kinder, um die bestmögliche Förderung zu erreichen. Meine Erfahrung zeigt mir, dass Kinder auf der Unterstufe lernen wollen. Sie sind von sich aus neugierig.

Soll aus Begeisterung Leistungsdruck gemacht werden? Auch ohne Notendruck sind Kinder gefordert in der Schule. Eine vom Volksschulamt eingesetzte Arbeitsgruppe hat nun Vorschläge zur Beurteilung im 1. Zyklus (Kindergarten und 1./2. Klasse) ausgearbeitet. Anlässlich einer Resonanzkonferenz im Mai werden die Vorschläge diskutiert. Ich hoffe, dass wir dort den Grundstein zur notenfremen Unterstufe legen werden.